Griechenland

NIKOLAUS WENTURIS

Eine problemorientierte und zugleich kritische Betrachtung der Europapolitik Griechenlands führt sehr bald zu der Feststellung, daß der Stellenwert griechischer europapolitischer Aktivitäten im Jahre 1984 sowohl in der Berichterstattung der Presse als auch in den parteipolitischen Auseinandersetzungen gestiegen ist[1]. Als Folgewirkung dieser verstärkten Implikation einer ‚europäischen Dimension' innerhalb der griechischen innenpolitischen Diskussion zeigte sich sehr bald eine schärfere Konturierung der unterschiedlichen Apperzeption der Rolle und Funktion Griechenlands in der Europäischen Gemeinschaft, welche die Regierungspartei samt Regierungskabinett von der konservativen Opposition trennt und bisweilen als ideologischer und programmatischer Indikator verwendet wird, um der griechischen Öffentlichkeit die alternativen Parteipolitiken deutlicher zu zeigen: Während die oppositionelle Nea Dimokratia ein europäisches Rollenverständnis für das zehnte Gemeinschaftsmitglied entwickelte, das vor allem gekennzeichnet ist durch die Harmonisierung und weitgehende Gleichschaltung der griechischen Europapolitik mit der Position des ‚Westens', vertritt die PASOK-Regierung dagegen die These, daß die primäre Aufgabe der gemeinschaftlichen Rolle Griechenlands darin zu sehen sei, daß das durch die Briten, Franzosen und Deutschen „vereinbarte und gebildete Euro-Direktorium" zu zerschlagen sei, um sowohl das Prinzip der „gleichwertigen und gleichberechtigten" Partnerschaft in der Gemeinschaft zu materialisieren als auch der Gefahr einer Europäischen Gemeinschaft der „zwei Geschwindigkeiten" zu begegnen[2].

Im Sinne der kulturell ausgeformten neugriechischen Dialektik hat diese scheinbare Bipolarität im Rollenverständnis Griechenlands innerhalb der Europäischen Gemeinschaft dennoch eine verbindende gemeinsame Basis, nämlich die optimale Durchsetzung griechischer Nationalinteressen, die sich von wirtschaftlichen Vorteilen bis hin zur ‚griechischen Lösung' des Ägäis- und Zypern-Konflikts ausdehnen, sowie die Konsolidierung der griechischen nationalen Selbständigkeit und ‚Besonderheit' zwischen Okzident und Orient auf internationaler Ebene.

Griechische Europapolitik zwischen Mythos und Wahrheit

Konsens zwischen Regierung und konservativer Opposition herrschte darüber, daß die Präsidentschaft ein ‚historisches Ereignis' für Griechenland in dem Sin-

ne war, als zum ersten Mal in seiner neuzeitlichen Geschichte die Gelegenheit gegeben war, durch den Vorsitz über gemeinschaftliche Institutionen selbst Funktionen in internationalen Entscheidungszentren wahrzunehmen und somit unmittelbar bei der Ausformung supranationaler Politiken mitzuwirken[3]. Daneben kommentierte die griechische Presse diese Rollenwahrnehmung – ebenfalls auf der Grundlage von national geprägten Denkstrukturen – mit dem Hinweis, daß nun Griechenland, nachdem es als Subjekt internationaler Druckausübung bis vor kurzem zu funktionieren gezwungen war und nur Empfänger des ‚output' übernationaler Entscheidungszentren sein durfte, durch die Präsidentschaft endlich die Möglichkeit erhalten hatte, diese einseitige historische Konstellation zu korrigieren und selbst als Akteur zu fungieren[4].

Hier wird deutlich, daß das neugriechische Problem der nationalen Unsicherheit und des weitverbreiteten und tiefverankerten nationalen Defizits (nebenbei bemerkt, ist die Parallelität zur deutschen Suche nach nationaler Identität nicht zufälliger, sondern symptomatischer Natur) zu einer Mythologisierung der turnusmäßigen Übernahme einer Funktion führte, durch welche die Grenzen der realen Einflußnahme verwischt und bizarre Hoffnungen erweckt wurden, die sich in der politischen Realität der Gemeinschaft kaum erfüllen ließen: Denn weder die parteipolitische Diskussion noch die diesbezügliche Berichterstattung verhalfen der griechischen Öffentlichkeit zu der Erkenntnis, daß der Grad des politischen Drucks und/oder der Einflußnahme innerhalb der EG dennoch für Frankreich, England oder auch für die Bundesrepublik anders dimensioniert ist als für Irland, Dänemark oder Griechenland. Stattdessen erzeugte das dithyrambische Fazit, das die Regierung aus dem Verlauf der griechischen Präsidentschaft in der parlamentarischen Diskussion zog, einen überaus positiven Eindruck in der griechischen Öffentlichkeit, zumal die Opposition nicht fähig war, Kritikpunkte in Sachdiskussionen vorzutragen.

Diese Tatsache, gepaart mit dem Faktum, daß beide Programme des griechischen Fernsehens ausschließlich von der PASOK-Regierung kontrolliert werden[5], hinterließ bei der griechischen Öffentlichkeit den Eindruck, daß es Griechenland trotz gelegentlicher „Bevormundungsversuche seitens des Euro-Direktoriums"[6] dennoch gelungen war, eine „autonome", „konstruktive" und den „Integrationsprozeß weiterführende" Präsidentschaft auszuüben. In dem Parlamentsbericht[7] der PASOK-Regierung wird diese „dynamische und konstruktive griechische Präsenz" in der Gemeinschaft gewürdigt und ihre „bedeutenden Leistungen" in folgenden Punkten zusammengefaßt:

- Durchsetzung des EG-Haushaltsentwurfs 1984;
- entscheidender Beitrag zur Einigung der EG-Agrarminister über eine Marktordnung für Obst, Gemüse und Olivenöl aus dem Mittelmeerraum;
- wesentlicher Beitrag zur Verurteilung der Ausrufung eines unabhängigen türkischen Staates auf Zypern durch die EG-Staaten;
- Vorantreiben der Verhandlungen über die Fortsetzung der II. Lomé-Konvention (Lomé III);

- wesentlicher Beitrag zum Abschluß eines Rahmenabkommens mit den Ländern des Anden-Paktes;
- Vorantreiben der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal, und schließlich
- wesentlicher Beitrag für eine „Erneuerung der Gemeinschaft" im Sinne eines neuen „Geistes von Messina".

Dem kritischen Beobachter hellenischer Europapolitik werden spätestens bei der Konfrontierung mit diesen Hauptelementen griechischer ‚Beitragsleistung zur europäischen Integration' die Problemstrukturen deutlich, die vorwiegend im Geist einer erschreckenden Provinzialität (welche die politische Kultur des Landes aufweist), sodann in der Nicht-Existenz einer planenden und analysierenden Vernunft (die durch eine naive Improvisation ersetzt wird) und schließlich in der Absenz eines problemorientierten Bewußtseins gegenüber den zentralen materiellen und ideologischen Strukturproblemen (welche die Gemeinschaft seit einigen Jahren belasten) zu lokalisieren sind.

Gewiß besteht kein Zweifel darüber, daß das griechische System bis heute nicht fähig war, die mühselige, jedoch unabdingbare administrative und wirtschaftliche Basisarbeit zu leisten, um die Entwicklung der Wirtschaft Griechenlands durch Strukturveränderungen und/oder gar Strukturverbesserungen voranzutreiben. Ebenfalls richtig ist die Feststellung, daß die griechische Bürokratie in Brüssel keineswegs immer förderungswürdige Projekte vorzulegen in der Lage ist; diese Tatsache ist schon deshalb nicht überraschend, weil die Auswahlkriterien für die griechischen Eurobürokraten nicht so sehr durch Leistung und Qualifikation als vielmehr durch Partei- und Klientelzugehörigkeit sowie ideologische Gleichförmigkeit bestimmt sind.

Das Hauptmotiv jedoch, das den sog. ‚griechischen Sonderweg' sowie die ‚ständigen Querschläger' Papandreous in der Gemeinschaft und in der Europapolitik Griechenlands im innergriechischen System legitimiert und zu einer breiten Akzeptanz verhilft, liegt in den tradierten und allgegenwärtigen Inhalten der griechischen politischen Kultur sowohl der politischen Parteien als auch der Massenmedien und der Wählerschaft begründet.

Zur politischen Kultur der Parteien:

Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei (KPG) gibt es in Griechenland – zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg – keine parteipolitische Formation, die mit systematischen, kontinuierlichen und ideologischen Parametern ihre politische Planung, Zielsetzung und alltagspolitische Entscheidung ausformt, um sie anschließend in die Praxis umzusetzen. Dieser Prozeß geschieht in Griechenland vielmehr auf der Grundlage von ad hoc-Reaktionen, d.h. als Folgewirkung eines bipolaren Relationssystems: Auf der einen Seite steht der jeweilige Akteur, welcher durch die Massenmedien eine für den Moment wichtig erscheinende These bzw. Behauptung publik machen läßt; und auf der anderen Seite der Empfänger, der, unmittelbar mit dieser These konfrontiert, ebenfalls

über die Massenmedien mit einer Antithese bzw. Gegenbehauptung reagiert. Dieses strukturelle ‚These-Antithese-System' hat demnach einen vornehmlich punktuell-situativen Charakter und führt zur Diskontinuität, zur Zusammenhanglosigkeit und schließlich zu einer sensualistischen Apperzeption des Politischen. Die Konzeptualisierung des Politischen wird infolgedessen in Griechenland einerseits personifiziert und privatisiert, andererseits aber parteizentristisch ausgenutzt mit dem Ziel, durch eine geschickte Steuerung von Informationen, gepaart mit einer Mythologisierung von Sachzusammenhängen und -verhalten, die Öffentlichkeit zu täuschen, um durch eine positiv wirkende, weil zurechtgelegte ‚Para-Information', die Wiederwahl zu sichern.

Unter diesen Voraussetzungen werden die parteipolitischen Kontroversen zur Europapolitik kaum auf einer sachbezogenen und problemorientierten Plattform ausgetragen, sondern punktuell und deshalb ohne Evidenzwirkung auf die breite griechische Öffentlichkeit.

Zur politischen Kultur der Massenmedien:

Die Mißbildung des parlamentarischen Bewußtseins in Griechenland und die daraus resultierende Degradierung des Parlaments zu einer fast ausschließlichen Gesetzgebungsmaschine hat zur Folgewirkung, daß die Massenmedien Funktionen wahrnehmen, die eigentlich einem Parlament zustehen. Denn sowohl die ‚Ver-Öffentlichung' der Regierungsarbeit als auch die Kritik und Kontrolle durch die Opposition finden weniger im Plenarsaal des Parlaments als vielmehr in den Tageszeitungen statt. Bei einer Inhaltsanalyse der griechischen Tagespresse wird dies schnell evident: Wenn beispielsweise der Regierungssprecher täglich Teilaspekte des Regierungsprogramms für die Öffentlichkeit verlautbaren läßt, erschöpft sich fast die gesamte parlamentarische Kontrollfunktion der Opposition ebenfalls in täglichen Presseverlautbarungen.

Diese Form ‚para-parlamentarischer' Kultur und Funktionsausübung hat zur Folge, daß die griechischen Massenmedien sowohl die politische Zielsetzung, die Ausformung politischer Schritte und die Auswahl der politischen Strategien, aber auch die Bildung des politischen und problemorientierten Bewußtseins, die Kenntnis und Erkenntnis von politischen Zusammenhängen und Konstellationen im nationalen und internationalen System und schließlich die Ausgestaltung des normativ und/oder ideologisch ‚Erlaubten' bzw. ‚Nichterlaubten' wesentlich beeinflussen, wenn nicht gar teilweise diktieren. So gesehen, widerspiegeln die im Zentrum der parteipolitischen Diskussion und/oder Kontroverse stehenden Politikbereiche zur Europäischen Gemeinschaft vorwiegend die Meinung bzw. die ‚europapolitische Haltung' der Zeitungsverleger und des von ihnen finanzierten ‚Meinungsjournalismus'.

Zur politischen Kultur der Wählerschaft:

Innerhalb dieses Systems von gesteuerten und manipulierten Informations-Outputs vertritt der griechische Wähler, insbesondere in Bereichen, die ihn

nicht unmittelbar zu tangieren scheinen, die veröffentlichte Meinung der Tageszeitung, die er gewöhnlich liest. Für ihn bedeutet die Gemeinschaft vor allem ein ‚Wirtschaftssystem', das den griechischen Staatshaushalt vor dem Kollaps bewahrt und zugleich die wirtschaftliche Situation, vorwiegend in den Agrarregionen, deutlich verbessert[8]. Im Europabewußtseins der griechischen Akteure (Parteien, Medien, Öffentlichkeit) hat sich auch im Berichtsjahr 1984 kaum etwas verändert: Die Europäische Gemeinschaft wird primär als eine nützliche Finanzquelle apperzipiert; die Problembereiche der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, der Europäischen Politischen Union oder des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit der praktischen Realisierung der Europäischen Verfassung werden hingegen entweder kaum oder nur peripher beachtet bzw. in die europapolitische Diskussion impliziert. Aktuell wird eines dieser europapolitischen Sachprobleme in Griechenland allenfalls dann, wenn es im Zusammenhang mit der ‚Unabhängigkeit' bzw. mit der ‚Wahrung der nationalen Souveränität' gebraucht wird.

Daß in Griechenland der Geist und die Figur eines ‚europäischen Föderators' fehlt und daher die europapolitischen Unterschiede zwischen Regierung und Opposition epidermischer Natur sind, zeigen folgende Aspekte:

Das Postulat eines ‚neuen Messina':

Nachdem der griechische Premier „einen neuen Geist von Messina" als die einzige effektive Methode zur Überwindung der EG-Stagnation heraufbeschwor, und dieses Schlagwort schließlich als einen originären Beitrag seiner Regierung zur europäischen Integration der griechischen Öffentlichkeit präsentierte[9], war die Opposition nicht in der Lage, im Rahmen der europapolitischen Diskussion aufzuzeigen, daß der französische Staatspräsident Mitterrand sowie der damalige Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, diese ‚Idee' bereits vor Papandreou hatten, und daß die Initiativgruppe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments zur Revision der Römischen Verträge unter der Federführung von Altiero Spinelli noch viel früher dieses Ziel verfolgt hatte.

Aufgrund einer fehlenden sachbezogenen europapolitischen Programmatik und Zielkontinuität war es der Opposition außerdem nicht gelungen, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sich Papandreou in eklatanten Widerspruch zur Europapolitik bzw. zu den europapolitischen Vorstellungen seines Kabinetts und auch seiner Partei begab, als er seine ‚politische Forderung' nach einem „neuen Messina" formulierte, denn

- er brachte sich damit zwangsläufig in die politische Nähe der britischen Premierministerin, Frau Thatcher, deren europapolitische Ziele und Vorstellungen er erbittert bekämpft;
- die Reorganisation der Gemeinschaft auf dieser Grundlage würde die engere politische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Außenpolitik mit sich bringen, die wiederum Papandreous erklärter Position, nämlich nationale Entscheidungsautonomie in der Außenpolitik, zuwiderläuft;

- das Problem der europäischen Sicherheit würde im ‚atlantischen Sinne' geregelt, der mit den sicherheitspolitischen Vorstellungen der sozialistischen Regierung nicht in Einklang zu bringen ist;
- sie impliziert als unabdingbare Voraussetzung zur Materialisierung ihrer Inhalte die Europäische Politische Zusammenarbeit, die somit die Möglichkeiten der PASOK-Regierung, ihre abweichenden Vorstellungen durch die Anwendung des Veto-Rechts erzwingen zu wollen, wesentlich einschränken würde; und
- eine in ihrem Sinne durchgeführte institutionelle ‚Erneuerung' der Gemeinschaft würde die von Papandreous Regierung und Partei ideologisch stark bekämpfte „Vision des Direktoriums der Gemeinschaft" nach einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten" eher zur Realisierung verhelfen als die gegenwärtigen Gegebenheiten.

Die Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP):

Nachdem die PASOK-Regierung die Süderweiterung der EG von der umgehenden Realisierung der IMP abhängig gemacht hatte[10], zeigte die Opposition wieder eine deutliche Schwäche, ihre kritische Einstellung zu konzeptualisieren und ihre europapolitischen Unterschiede zur Regierungspartei der griechischen Öffentlichkeit begründet vorzutragen. Zwar bezichtigte sie die Regierung der Unsolidarität gegenüber den spanischen Sozialisten sowie der „unnötigen Brüskierung der westlichen Partner"[11]; zugleich betonte sie jedoch in zahlreichen Verlautbarungen, daß die Realisierung der IMP ausschließlich der Befriedigung wichtiger nationaler Interessen diene, und darüber hinaus, daß die Reaktion der Gemeinschaft in diesem Zusammenhang überzogen sei, weil Papandreou in Dublin nicht mehr verlangt habe, als die Kommission vorgeschlagen und worauf sich der Europäische Rat im Grundsatz geeinigt habe. Außerdem unterstrich die Opposition, daß die Drohung der griechischen Regierung, die Süderweiterung im Falle der Nichtrealisierung der IMP zu blockieren, die Gemeinschaft keinesfalls unvorbereitet traf, denn Papandreou habe sehr häufig und schon lange vorher die Regierungschefs entsprechend informiert[12]. Als ‚hellenisches Muster' einer sog. ‚alternativen Oppositionspolitik' stellte sie jedoch gleichzeitig die Behauptung auf, daß sich die PASOK-Regierung der groß angelegten Mittelmeerprogramme in Anbetracht der bevorstehenden Parlamentswahlen nur zur innergriechischen Propaganda bediene.

Was die Opposition der griechischen Öffentlichkeit im Berichtsjahr 1984 allerdings nicht deutlich hat machen können, waren ihre eigenen dezidierten Vorstellungen zur Europäischen Integration, zur Durchsetzung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EG sowie zur Stärkung und Erweiterung des Kompetenzbereiches des Europäischen Parlaments, und schließlich auch nicht die Gründe, weshalb die Konzeptualisierung einer derart angelegten Europapolitik weder die griechischen Interessen noch die Souveränität des Landes tangieren würde[13].

Die Europawahlen

Der Mangel eines entwickelten Europabewußtseins, aber auch das Fehlen eines ‚integrativen Geistes' im griechischen soziopolitischen System hat zur Folge, daß in diesem Zusammenhang Griechenland keinesfalls den Anspruch eines ‚Sonderweges' erheben kann: Denn im selben Maße, wie in den anderen Mitgliedstaaten auch, haben in diesem Land die Europawahlen unter nationalpolitischen Vorzeichen und parteipolitischen Konstellationen stattgefunden.

Alle Parteien, von der Nea Dimokratia über die PASOK bis zu den beiden kommunistischen Parteien, haben ihre Wahlkampagnen mit innenpolitischen Argumenten geführt und der griechischen Wählerschaft eindeutig erklärt, daß die Juni-Wahlen primär dazu dienen sollten, Machtverschiebungen in der Parteienlandschaft durch Verluste und/oder Gewinne zu dokumentieren, die bei den bevorstehenden Nationalwahlen Regierung und Opposition zu erleiden bzw. zu verbuchen haben würden[14]. Dementsprechend sind die Ergebnisse der zweiten Direktwahl des Europa-Parlaments in Griechenland zu interpretieren als ein dem ‚innenpolitischen Wunsch' der Parteien angepaßtes Wählerverhalten, denn die prozentuale Stimmenverteilung entspricht dem aus Meinungsumfragen für die kommenden nationalen Parlamentswahlen prognostizierten Bild der Kräfteverhältnisse der Parteien[15].

Schlußfolgerung

Vergleicht man das Jahr 1984 mit dem vorangegangenen, dann läßt sich leicht feststellen, daß im Berichtsjahr sowohl die Häufigkeit als auch das Quantum der Berichterstattung, der parteipolitischen Diskussion und der Parlamentsdebatten über europabezogene Politikbereiche merklich gestiegen ist. Der Stellenwert der Europapolitik gegenüber jenem der Nationalpolitiken blieb jedoch peripher, wenn es darum ging, die politisch-integrative Problematik der EG in die innergriechische Diskussion konzeptuell einzubringen. Denn auch im Berichtsjahr 1984 war in der griechischen Öffentlichkeit eine vorwiegend ‚ökonomische' Apperzeption der Europäischen Gemeinschaft vorherrschend.

Die Hauptursache für die weit verbreitete ‚EWG'-Vorstellung in Griechenland liegt vor allem (wie schon zuvor) in der ‚europäischen Konzeptlosigkeit' der politischen Parteien, im unterentwickelten ‚europäischen Bewußtsein' der politischen Eliten und in der eindimensional eingeschränkten Informationspolitik der Massenmedien, die in Griechenland ein utilitaristisches Bild der Gemeinschaft verbreiten und somit wesentlich dazu beitragen, daß die Hauptfunktion der EG fast ausschließlich in der Befriedigung der griechischen Wirtschaftsinteressen gesehen wird. Die weitere Penetration dieser Vorstellung in den kommenden Jahren scheint sicher zu sein, es sei denn, bei den politischen Kräften Griechenlands würde ein Prozeß einsetzen, der sowohl einen ‚integrativen Geist' als auch die ‚willensbildende Instanz eines europäischen Föderators' entstehen ließe.

Anmerkungen

1 Vgl. die Parlamentsprotokolle sowie die europapolitische Berichterstattung in der griechischen Tagespresse im Berichtsjahr 1984.

2 Vgl. die Parlamentsprotokolle über die Ausgestaltung der griechischen Europapolitik sowie die parteipolitischen Verlautbarungen in den griechischen Tageszeitungen während des Berichtsjahrs 1984.

3 Vgl. die Parlamentsprotokolle von Januar, Februar und März 1984.

4 Vgl. Oikonomikos Tachydromos, 5.1.1984; Kathimerini, 14./15.1.1984; ENA, 12.1.1984; Eleftherotypia, 24.3.1984.

5 Die totale Beherrschung der Fernsehanstalten durch die Regierung, die häufige Manipulation der Berichterstattung sowie die permanente Ignorierung der Opposition haben den Vorsitzenden der Nea Dimokratia dazu geführt, die Fernsehanstalten öffentlich als „faschistisch" zu bezeichnen; vgl. Kathimerini, 2.12.1984; Vradini, 2.12.1984; To Vima, 2.12.1984.

6 In Anspielung auf das französische Direktorium von 1795–99 apostrophiert die PASOK-Regierung die deutsch-französisch-englische Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft im pejorativen Sinne als „Euro-Direktorium".

7 Vgl. Parlamentsprotokolle Februar–März 1984.

8 Vgl. hierzu Epikentra, Athen 1984 H. 38; Greek Opinion, Nr. 2, 3, 4 und 6, March–December 1984.

9 Vgl. insbesondere die Rede Papandreous während des Jahreskongresses seiner Partei, in: To Vima, 13.5.1984.

10 Vgl. hierzu Eleftherotypia, 19.9.1984; Kathimerini, 20.11., 7.12., 20.12. und 25.12.1984.

11 Vgl. z.B. Kathimerini, 15. und 30.12.1984.

12 Vgl. u.a. Oikonomikos Tachydromos vom 7.6., 14.7., 15.11.1984 und 5.1.1985.

13 Vgl. die Oppositionsverlautbarungen, in: Kathimerini, 22.5. und 10./11.6.1984; Vradini, 2. und 3.4.1984; vgl. ferner den Beitrag des Europaparlamentariers der Nea Dimokratia, Filotas Kazazis, in: Epikentra, Athen 1984, H. 37. Die gleiche Argumentation wiederholte sich in zahlreichen Gesprächen des Verfassers mit Politikern der Opposition.

14 Vgl. hierzu die Presseverlautbarungen der politischen Parteien sowie die Kommentierung des Wahlausgangs durch die Parteieliten zwischen März und Juni 1984.

15 Vgl. die griechischen Ergebnisse der zweiten Direktwahl des Europa-Parlaments und ihre Analyse, in: EG-Magazin, H. 4, Juli 1984, sowie in: Epikentra, H. 38, Athen 1984; die Ergebnisse der Europa-Wahlen sind auch abgedruckt als Dokument Nr. 4 in diesem Band.

Weiterführende Literatur

Loulis, Jannis, Eurowahlen und die öffentliche Meinung, in: Epikentra, Athen 1984, H. 38, S. 18–48 (gr.).

Theodorakis, Anton u. Laskis Antonakopoulos, Die griechischen Parteien im Europäischen Parlament (1981–1983), Athen-Komotini 1984, S. 272ff. (gr.).